

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 6. März 2024 in Berlin**

Beschluss

MPK

(Stand: 06.03.2024)

TOP 7.2 Landwirtschaft in Deutschland wertschätzen und sichern

1 Die deutsche Landwirtschaft ist seit vielen Jahren in einem herausfordernden
2 Strukturwandel. Die Aufrechterhaltung der Ernährungssouveränität Deutschlands
3 erfordert jedoch auskömmlich wirtschaftende landwirtschaftliche Betriebe in
4 Deutschland.

5 Zwar hat es bereits in der Vergangenheit vielfältige Initiativen gegeben, um eine gute
6 und wettbewerbsfähige Landwirtschaft in Deutschland sicherzustellen. Landwirtinnen
7 und Landwirte kritisieren aber vor allem, dass sie seit langem durch immer neue
8 Anforderungen, bürokratische Vorgaben und Nachteile, nicht zuletzt gegenüber
9 hiervon nicht betroffenen ausländischen Wettbewerbern, belastet werden.

10 Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fassen daher folgenden
11 Beschluss:

- 12 1) Zur Sicherung einer guten und zukunftsfesten Landwirtschaft bedarf es
13 Planungssicherheit und verlässlicher Rahmenbedingungen, unter denen
14 Landwirtschaft zukünftig produzieren soll. Zielsetzungen hinsichtlich des Klima-
15 und Umweltschutzes, des Tierwohls und der Biodiversität sind dabei mit den
16 Belangen der Landwirtinnen und Landwirte in Einklang zu bringen. Es ist
17 erforderlich, dass Vorgaben und Anforderungen an die landwirtschaftlichen
18 Betriebe verhältnismäßig sind.
- 19 2) Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder halten daher einen
20 Verzicht auf weitere Belastungen der Landwirtschaft für erforderlich.

- 21 3) Sie fordern ferner die Bundesregierung auf, die Landwirtschaft schnellstmöglich
22 effektiv und substantiell zu entlasten.
- 23 4) Soweit rechtliche Vorgaben auf der EU-Ebene zu unverhältnismäßigen
24 Belastungen führen, wird die Bundesregierung aufgefordert, sich für ihre
25 Überarbeitung beziehungsweise die Schaffung weitergehender nationaler
26 Handlungsspielräume einzusetzen. Insbesondere dürfen nationale Regelungen
27 nicht zu Lasten der Landwirtschaft über europäische Vorgaben hinausgehen.

28

29

30

31 Protokollerklärung der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern,
32 Sachsen, Sachsen-Anhalt, und Thüringen:

33 Die Konferenz der Regierungschefin und -chefs der ostdeutschen Länder hat am
34 29. Februar 2024 von der Bundesregierung die Rücknahme der aktuell
35 vorgesehenen Kürzungen bei der Agrardiesel-Steuerrückerstattung gefordert.
36 Diese Kürzungen sind kurzfristig falsch, da die Agrardieselerückvergütung als
37 wichtiger Ausgleich von Wettbewerbsnachteilen zu gewähren ist, bis ein
38 wirtschaftlich tragbarer Umstieg auf praxistaugliche alternative Kraftstoffe und
39 Antriebstechnologien, basierend auf der Produktion nachwachsender Rohstoffe,
40 möglich ist.

41

42 Protokollerklärung des Landes Schleswig-Holstein:

43 Zur Entlastung der Landwirtschaft sind neben der Frage der Rücknahme der
44 Agrardiesel-Steuerrückerstattung, welche mit einer Förderung des Umstiegs auf
45 klimafreundliche Diesel-Kraftstoffalternativen zu verbinden ist, um entsprechende
46 Anreize zu setzen auch weitere Instrumente wie die Gewinnglättung und die
47 Risikoausgleichsrücklage sowie Energiesteuern in den Blick zu nehmen. Zudem
48 ist ein Maßnahmenpaket zur Entlastung von Bürokratie und Berichtspflichten zu
49 entwickeln.

50

51 Protokollerklärung des Freistaates Bayern:

52 Der Freistaat Bayern betont die Bedeutung der Landwirtschaft als verlässlicher

53 Garant für Ernährungssicherheit, höchste Lebensmittelqualität, Tierwohl,
54 Umweltschutz und den Erhalt der Kulturlandschaft. Klar ist dabei, dass nur
55 produktive und wirtschaftlich erfolgreiche Betriebe in der Lage sind, den aktuellen
56 Herausforderungen gerecht zu werden und damit die vielfältigen Leistungen für
57 Klima-, Natur- und Ressourcenschutz erbringen zu können. Vor diesem
58 Hintergrund sind die von der Bundesregierung getroffenen einseitigen
59 Sparbeschlüsse zulasten der Landwirtschaft schädlich und kontraproduktiv. Zur
60 Entlastung der Betriebe und zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber
61 Betrieben in anderen Mitgliedsstaaten fordert der Freistaat Bayern die
62 Bundesregierung deshalb nachdrücklich auf, die Kürzungen vollständig
63 zurückzunehmen. Das Auslaufen der Agrardieselrückvergütung ist mangels
64 geeigneter Alternativen zum Verbrennungsmotor im Bereich der Land- und
65 Forstwirtschaft sowie der damit verbundenen wirtschaftlichen Belastung der
66 landwirtschaftlichen Betriebe in keiner Weise akzeptabel.

67
68 Zusätzlich muss es ein echtes Angebot zur Verbesserung der steuerlichen
69 Rahmenbedingungen an die bäuerliche Landwirtschaft in Deutschland geben. Der
70 Freistaat Bayern fordert daher konkret eine Steuerbefreiung für Biokraftstoffe und
71 eine unbürokratische Anschlussregelung für die Tarifiermäßigung bei der
72 Einkommensteuer, wodurch die Verteilung des Gewinns eines Wirtschaftsjahres
73 auf drei statt wie bisher auf zwei Jahre ermöglicht werden sollte. Außerdem muss
74 die Möglichkeit einer Risikoausgleichsrücklage geschaffen werden, damit
75 Landwirtinnen und Landwirte selbst steuerliche Rücklagen für schlechte Jahre
76 bilden und so Vorsorge treffen können.

77
78 Die Bundesregierung muss darüber hinaus für Entlastungen bei land- und
79 forstwirtschaftlichen Regularien sorgen. Insbesondere muss die Bundesregierung
80 endlich ein verursachergerechtes Düngerecht schaffen, damit Betriebe, die
81 nachweislich gewässerschonend wirtschaften, von zusätzlichen Auflagen befreit
82 werden können.